

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Droböstr. 2-3.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4932 und 6849. •

Junger Kerle zum Gehen und laßt Du selber dein Gehen werden
••••• Als Heuresches Glied läßtst Du ein Gehen die •••••

Inserate: Die 6spalt. Zeitspalt wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9306 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Die soziale Bewegung im Deutschen Reich 1924.

Arbeitslosigkeit. — Arbeitszeit. — Arbeitskämpfe. — Die Lohnlage. — Sozialpolitik. — Organisationsfragen.

Die soziale Bewegung Deutschlands war im Jahre der Stabilisierungskrise von 2 Fragen beherrscht: von der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit. Nach der Stabilisierung der Mark ging die Arbeitslosigkeit, die nach dem Zusammenbruch der Währung ein ungeheures Ausmaß angenommen hat, etwas zurück, war aber am Anfang des Jahres immer noch ungeheuer groß. In den folgenden Monaten nahm die Arbeitslosigkeit in den unbesetzten Gebieten langsam ab. Die Rentenmarktkredite flossen in raschem Tempo in die Volkswirtschaft und ermöglichten die Erweiterung der Produktion. Zwar waren die Löhne und Gehälter zu dieser Zeit außerordentlich niedrig; der Reallohn betrug kaum die Hälfte des Vorkriegsreallohnes. Der während der Inflation zurückgebrachte Bedarf nach Bekleidungsartikeln usw. machte sich dennoch geltend. Im Frühjahr gab es in der Textil- und Schuhindustrie bereits eine Konjunktur. Die in den Monaten Februar-April erfolgten Lohn- und Gehalts-erhöhungen haben die Nachfrage nach Waren verstärkt. Die Wiederbelebung der Eisen- und Stahlindustrie erfolgte lang-
samer, aber auch hier wurden im Monat April bereits 80 bis 90 Proz. der Leistungsfähigkeit erreicht. Am größten war die Arbeitslosigkeit im Bergbau, wo die Folgen des passiven Widerstandes noch nicht überwunden waren. Der Aufstieg dauerte aber nur einige Monate. Infolge der Geldknappheit und der hohen Preise stellte sich die Krise wieder ein. Im Mai sank noch die Arbeitslosenziffer, die Kurzarbeit hat sich jedoch in diesen Monaten bereits erhöht. Im Juli haben die Fachverbände über 1,8 Proz. Vollarbeitslose und 2,4 Proz. Kurzarbeiter berichtet. Im August erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft war auf Kurzarbeit gestellt. Die Ausnahme des Londoner Abkommens hat nur sehr langsam eine Belebung des Beschäftigungsgrades herbeigeführt. Auch diesmal begann die Besserung bei der Textil- und Schuhindustrie, später griff sie auf die Holzindustrie über. Am spätesten zeigte sich die Belebung des Bergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie. Am Schluß des Jahres war aber auch in diesen Industrien eine beträchtliche Steigerung der Beschäftigung zu verzeichnen. Sogar das Baugewerbe, das das ganze Jahr hindurch banal überlag, zeigte zum Schluß des Jahres einen unerwarteten Aufschwung.

trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering; sie betrug für das Jahr gegen 20 Millionen Mark. In der Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter gesellte sich der Abbau der Beamten — über 400.000 Beamte wurden abgebaut — und der Angestellten. Vor allem haben die Banken ihre Beamten abgebaut. Es wurden im Laufe des Jahres 150.000 bis 200.000 Bankbeamte entlassen. Auch die Industrie und der Handel schritten zu Massenkündigungen. Die Abfindungssummen waren, insofern solche gezahlt wurden, ganz geringfügig. Die Erwerbslosigkeit dieser breiten Schichten bleibt ein schweres Problem der Zukunft.

Die freien Gewerkschaften haben zu dessen Annahme eine Vollstimmungsabstimmung vorbereitet. Der neue Reichstag oder, wenn dieser verlagert würde, eine Vollstimmungsabstimmung soll im nächsten Jahre über das Schicksal der Arbeitszeitfrage entscheiden.

Die zweite Frage, die im Vordergrund der sozialen Bewegung stand, war die Arbeitszeit. Die Arbeitszeitverordnung vom 13. Dezember 1923 hat bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtstundentages eine fast unbefristete Arbeitszeiterweiterung ermöglicht. Die Verordnung selbst bestimmt eine große Anzahl von Ausnahmen von dem Achtstundentag; die Arbeitszeit kann aber durch Tarifvertrag in der Regel auf zehn Stunden, unter Umständen noch weiter ausgedehnt werden. Es entbrannte ein schwerer Kampf um die Tarifverträge. Die Machtstellung der Unternehmer war nach der Stabilisierung außerordentlich gestärkt. Die große Arbeitslosigkeit auf der einen, der finanzielle Zusammenbruch der Gewerkschaften auf der anderen Seite hat die Front der Arbeitnehmer sehr geschwächt. Die Organe des Staates haben zwar die ärgsten Mißstände zu verhindern gesucht, im übrigen gerieten sie in dieser Zeit oft in das Jahrwasser der Reaktion. Die Unternehmer wollten im Bewußtsein ihrer Übermacht sich den Schiedsprüchen nicht unterwerfen, trotzdem diese in der Regel wesentliche Arbeitszeiterhöhungen bestimmten. Sie wollten die Bedingungen einseitig diktiert, vor allem aber die Tarifverträge und damit auch den Einfluß der Gewerkschaften beseitigen. Es mußte ein schwerer Kampf auf verschiedenen Fronten geführt werden: für die Erhaltung der Tarifverträge, gegen die Sabotage der Unternehmer bei den Schiedsprüchen, gegen die Härten der Schiedsgerichte selbst, besonders aber für die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages. Die Arbeiterschaft wollte den Achtstundentag nicht preisgeben, und wenn sie sich auch der Arbeitszeiterweiterung nicht verschließen konnte, so forderte sie die Anerkennung der Tariffrage, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nur als Ausnahme bestehe, und nach Aufhören der besonderen Umstände beseitigt werden müsse. Auch um die Bezahlung der Überstunden mußte gekämpft werden. Eine Anzahl großer Arbeitskämpfe wurden im Bergbau (für die grundsätzliche Anerkennung der Siebenstundentage), in der Metall- und Werksindustrie, im Baugewerbe usw. lange Zeit hindurch und mit schwerer Unterbindung der Produktion geführt. Nach der Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben Mitte Mai Arbeiter 48 Stunden in der Woche gearbeitet; der Achtstundentag konnte am meisten im Bau- und Holzgewerbe und in der Schuhindustrie gehalten werden. In der Metall- und Textilindustrie sowie in der chemischen (Papier-) Industrie war die Arbeitszeiterweiterung am größten, in der Regel über 64 Stunden. Seitdem blieb die Lage ziemlich unverändert. Für die Hüttenarbeiter soll die Arbeitszeit demnach auf dem Verordnungswege herabgesetzt werden. Neben dem Kampf für die tarifvertragliche Arbeitszeit wurde die Forderung nach Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag gestellt.

Die freien Gewerkschaften haben zu dessen Annahme eine Vollstimmungsabstimmung vorbereitet. Der neue Reichstag oder, wenn dieser verlagert würde, eine Vollstimmungsabstimmung soll im nächsten Jahre über das Schicksal der Arbeitszeitfrage entscheiden. Die Lohnfrage war das dritte soziale Problem, das im Vordergrund der Bewegung stand, der Kampf gegen die Dumpinglöhne, welche die Kaufkraft der Arbeiterschaft im Inland unterbunden haben, im Ausland aber zu manchen der deutschen Ausfuhr abträglichen Maßnahmen führten. Die Anfangs des Jahres unerträglich geringen Löhne wurden zwar im Frühjahr erhöht, doch blieb der Reallohn auch zu dieser Zeit stark hinter dem Friedensreallohn zurück. Das Sinken der Preise in den Monaten Mai und Juni, das zur vorübergehenden Erhöhung des Reallohnes führte, hörte halb auf. Infolge der Verteuerung des Getreides und der Lebensmittel setzte eine Teuerungswelle ein, der kein Ausgleich der Löhne und Gehälter folgte. Die Bezüge der Beamten wurden zwar im Juli erhöht, für die unteren Gruppen der Beamten war jedoch die Erhöhung unbedeutend. Erst gegen Ende des Jahres erfolgte wieder eine kleine Erhöhung des Lohn- und Gehaltsniveaus, was aber nur zum teilweisen Ausgleich der Teuerung diente. Der Kampf um die Erhöhung des Reallohnes muß demzufolge in das nächste Jahr hinübergetragen werden. Da die Preisabnahmeaktion der Regierung fehlgeschlag, bleibt ein anderer Ausweg nicht übrig.

Die Belastung der Arbeitnehmer durch hohe Lohn- und Verbrauchssteuern ist eine wichtige soziale Frage, die sich im laufenden Jahre ganz zu ungunsten der Arbeitnehmer gestaltet hat. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung muß der Wiederaufbau dieser während der Inflation fast zusammengebrochenen Einrichtungen als ein großer Erfolg verzeichnet werden. Es gilt jetzt, die sich immer wiederholenden Angriffe der Unternehmer gegen die Sozialversicherung abzuwehren, die Leistungen derselben zu erhöhen und ihre Administration auf dem Wege der Selbstverwaltung auszubauen. Auch werden die Probleme der Auswanderung, die für Deutschland nach Beendigung der Inflation eine wachsende Bedeutung gewonnen hat, die Arbeitslosigkeit beanspruchen. Die Beibehaltung des Mietrechts und gleichzeitiger Förderung des Wohnungsbaues durch die Gemeinden und Genossenschaften wird die soziale Bewegung des kommenden Jahres ebenfalls beschäftigen.

Am Anfang des Jahres waren die Organisationen der Arbeiter und Angestellten infolge der Verwüstungen der Inflation zusammengebrochen. Infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit in diesem Jahre wurde ihr Mitgliederstand geschwächt. Trotzdem ermöglichte die Stabilisierung den Wiederaufbau der Gewerkschaften. Ihr Aufgabenkreis hat sich seit der Stabilisierung erweitert. Waren sie während der Inflationszeit fast ausschließlich mit den sich tagtäglich erneuernden Lohnverhandlungen beschäftigt, so können sie sich heute auch der Lösung anderer Fragen zuwenden. Es sei hier auf die Gründung einer Gewerkschaftsbank und einer Anstalt zur Förderung des Wohnungsbaues seitens der freien Gewerkschaften hingewiesen. Die mit der Lösung der Reparationsfrage verbundenen mannigfaltigen Probleme (Leistungsteilung, Preisgestaltung usw.) werden die Kraft der Gewerkschaften noch für lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Austragung der großen Probleme unserer Zeit, die Verwirklichung der industriellen Selbstverwaltung, wird voranschreitend erst späteren Zeiten vorbehalten sein.

Gewerkschaftsbewegung und Aufstieg.

Der „Krisis der Arbeiterbewegung“ hat der Breslauer Professor Eugen Rosenfeld eine Vorlesung gewidmet. Die Gewerkschaftsbewegung kann nach ihm keine durchschlagende Zielsetzung geben. Sie ist in ihr Schicksal verwickelt. Sie ist soziales eine Erscheinung im „Untergange des Abendlandes“.

„Ist die freie Gewerkschaftsbewegung diese Verfallserscheinung? Ist der Tag gekommen, wo die Aufgabe, die zu lösen ist, in die Hände der Unternehmerschaft zurückgelegt wird“, wie Prof. Rosenfeld verhandelt?

Wenn man liest, was Rosenfeld von einer Organisation, der die Zukunft gehört, verlangt, dann scheint es unfaßbar, daß solche Organisation die der Unternehmerschaft sein soll.

Lebendige Zukunft wird nämlich — und darin hat Prof. Rosenfeld völlig recht — nicht errungen, wo nur Disziplin herrscht. Die Disziplin muß erfüllt sein von frischem Kulturgeiste und von strebender Seele. Rosenfeld sagt ganz recht, daß das fremde Wort Struktur beweislicher sagt, was nötig ist und was uns nach Rosenfeld fehlen soll. „Struktur ist nämlich“, sagt Rosenfeld, „Ordnung lebendiger Glieder zu einem Ganzen, in dem jeder Mensch — lebendvoll und verwandlungsfähig wie eine Seele ist — vom Geiste ganz umgeschmolzen und ganz eingeschmolzen wird zu einer einzigartigen Bestimmung und Leistung für die Gemeinschaft“.

Aber das soll die „Struktur“ des Unternehmertums sein? Das wird außer Prof. Rosenfeld selber niemand glauben. Aber wohl fühlen wir in uns diesen lebendigen Geist. Wer jedoch mit nichtern Augen nur unseren äußeren Zusammenschluß sieht und mit kaltem Sinn nur unsere organisatorische Arbeit erkennt, der merkt nichts von der Kulturreise dahinter, die nur mitzufühlen und zuerleben ist. Die Tat, das Opfer, die Solidarität, geboren aus einem glühenden Glauben an ein Neues, Besseres, Höheres, sind der lebendige Beweis dafür, daß die freie Gewerkschaftsbewegung von strebenden Sinnen und von warmen Herzen getragen ist. Die Seele unseres Kampfes ist ein freudiger Kulturgeist, der da sogar so stark ist, daß er die Verwirklichung dieser Kultur nur auf einem neuen wirtschaftlichen Boden zu erkennen vermag. Wo solch revolutionäre Geistigkeit vorhanden, da ist die Zukunft, aber wahrhaftig nicht und nie und nimmer beim Unternehmertum, das nichts, aber auch gar nichts als seine selbsttätigen Derrentingreifen kennt.

Nur das Volk ist nach Goethe „das Depot, aus dem sich die Kräfte der sinkenden Menschheit immer wieder ergängen und aufrichten“. Und wer darum im Volke, wie es sich im Gewerkschaftskampfe verbunden hat, keine Zukunft mehr sieht, dem ist die Zukunft überhaupt verschlossen, der beweist nur, daß er selber ein sterbendes Glied am wachsenden Baume der Zukunft ist.

Ein Jahr der Festigung.

Bei Beginn des zu Ende gehenden Jahres sah es für die feinkeramische Arbeiterchaft und ihre Gewerkschaft sehr betrüblich aus. Betriebseinschränkungen standen vor der Tür, Arbeitslosigkeit in Aussicht, und wo dies nicht der Fall war, lagen die Löhne auf einer so niedrigen Stufe, daß damit die Lebensmöglichkeit in keiner Weise garantiert war. Dabei traten die Unternehmer auf, als seien sie die Alleinberrschter im Reich der Arbeit. Und mit jedem Tage verdüsterte sich die Lage, die Not wurde größer, das Geld knapper, die Arbeiter schwächer, müder und widerstandlos, weil die Arbeitslosigkeit wuchs. Einige Fabriken leaten ihre Betrieb still und entließen ihre Belegschaften; ob wirklich die dringende Notwendigkeit dazu vorlag, bleibt dahingestellt. Die Unsicherheit in der feinkeramischen, hauptsächlich in der elektrotechnischen und Luftschiffbauindustrie währte bis zum August-September und hat bis zum Jahreschluß noch nicht wieder einer guten Konjunktur Platz gemacht; nur die Anzeichen von einer Besserung sind zu erkennen, und es wäre zu wünschen, daß sie im neuen Jahr nicht allzu lange auf sich warten läßt.

Wenn man das Jahr 1924 mit dem von 1923 vergleicht, so ist allerdings ein an sich erfreulicher Umschwung eingetreten, und zwar ein wesentlicher zugunsten der Arbeiterschaft im allgemeinen. 1923 verlor von Monat zu Monat die Arbeiterschaft an Macht und Rückhalt und am Jahresende war ein fast völliger finanzieller Zusammenbruch der Gewerkschaften zu verzeichnen. Die Lage vor einem Jahr war trostlos. Sie hat sich inzwischen rapid geändert. Diesen gefunden Zug des Jahres 1924, der sich speziell im letzten Halbjahr bemerkbar machte, feststellen zu können, ist wertvoll für die feinkeramische Arbeiterchaft und bedeutungsvoll für die Zukunft, denn er beweist uns, daß durch Zusammenstehen in geschlossenen Gewerkschaftsorganisationen die Arbeitenden unüberwindlich sind.

Auch wir haben uns als Verband von unserem Tiefstand wieder erholt und können wieder zum Angriff übergehen. Wer hätte dies vor einem Jahr wohl so schnell für möglich gehalten? Nicht nur, daß sich der Verband finanziell zu kräftigen vermochte, hat er sogar schon wieder eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, und zwar eine stetige. Wir sind als Gewerkschaft über den toten Punkt hinweg, wir entwickeln uns wieder aufwärts, wir erstarren; unser Kampfeswille wächst, der Kampfesmut steigt, das sind die erfreulichen Tatsachen, von denen wir bei diesem Rückblick berichten können.

Unsere Aufwärtsentwicklung macht sich nicht nur in steigenden Mitgliederzahlen und Wachsen des Hauptkassenbestandes bemerkbar, sondern auch im Kampf mit dem Unternehmertum. Nur infolge des Zusammenhaltes des überwiegenden Teiles der feinkeramischen Arbeiter und Arbeiterinnen war es möglich, die völlig ungenügenden Löhne zu Beginn des Jahres 1924 zu beben und die sonstigen Tarifrechte zu erhalten, trotzdem die Fabrikanten auf jede mögliche Art versuchten, diese zu schmälern oder ganz zu beseitigen. Wie sich die Verbandsstätigkeit in der Lohngestaltung auswirkte, ergeben einige Vergleiche aus den Lohn-tafeln. Am Jahresanfang betrug die Akkordbasis der über 24 Jahre alten Facharbeiter 46,61, 42,60, 40,74 und 39,48 Pf.; die Stundenlöhne für über 24jährige Facharbeiter nach Lohn-tafel B 43,78, 39,44, 38,26 und 37,08; ab 9. Juni waren die erstgenannten Sätze auf 63, 56, 54 und 53, und die zweiten auf 58, 52, 50 und 48 erhöht, und sind inzwischen ab 1. Dezember auf 71, 63, 59 und 58 nach A und 65, 58, 55 und 53 nach B gestiegen. Diese Steigerungen konnten nur durchgesetzt werden, weil der Verband dafür kämpfte und den Rückhalt der feinkeramischen Arbeiterchaft darstellte. Sie traten nicht ein in jenen Betrieben, wo die Belegschaften nicht im Verbandsorganisiert waren, ein Beweis, daß die Unternehmer nichts freiwillig tun und erst von den Arbeitern dazu gezwungen werden müssen. Und trotzdem kommen jene unter den Tariflöhnen arbeitenden Belegschaften nicht zur Einsicht und schließen sich dem Verband an. Sie haben sich nämlich die irrige Meinung in den Kopf gesetzt: Der Verband soll erst für sie höhere Löhne vereinbaren, dann wollen sie sich wieder organisieren. Diese Anschauung ist Unfug, und die organisierte Kollegenchaft, also der Verband, wäre töricht, wenn er solchen Egoisten helfend beizugehen würde. Der Verband ist kein Automat, in dem man 10 Pf. hineinsteckt und für 1 Mt. Gegenleistung herausnimmt, sondern eine Vereinigung von Bollenden, die erst Opfer zu bringen vermögen und durch Ge-

